

Presseinformation

Demokratie ist eine Aufgabe für alle

Strategien gegen Rechtspopulismus/Caritas-Mitarbeiter im Osten Gewaltandrohungen und Übergriffen ausgesetzt

Münster (cpm). Für komplexe Probleme haben Populisten scheinbar einfache Lösungen parat. Sie reklamieren für sich, in schwierigen Zeiten den Volkswillen genau zu kennen und diesen zu vertreten. Wie sie mit Rechtspopulismus im Alltag umgehen können, diskutierten jetzt Mitarbeitende aus Einrichtungen und Verbänden der Caritas im Bistum Münster. Der Fachtag „Populismus gefährdet die Demokratie! ...oder gehört er dazu?“ wurde im Rahmen des Projekts "First Step - Demokratie bewusst leben" des Diözesancaritasverbandes Münster angeboten.

Der Journalist Olaf Sundermeyer, AfD-Experte und langjähriger Beobachter des erstarken Rechtspopulismus, warb dafür, demokratische Werte im Miteinander zu verteidigen. Das Streiten miteinander und Eintreten für klare inhaltliche Positionen sei gerade in einer Zeit notwendig, in der viele der „Generation Konsens“ angehörten und Angst vor der eigenen Haltung hätten.

Mit Blick auf seine Erfahrungen mit dem Rechtspopulismus betonte Sundermeyer, dass die Situation in Sachsen nicht mit der in NRW vergleichbar sei: PEGIDA bedeute eine Zäsur, da es zu einer Verbindung von Radikalen und der Gesellschaft gekommen sei. In Sachsen seien die Rechten im Vergleich zu NRW in der Handlungsebene.

Im Umgang mit Rechtspopulisten sei wichtig, den „Mob als Mob“ zu bezeichnen, aber sich nicht der gleichen menschenfeindlichen Mechanismen wie die Rechtspopulisten zu bedienen, so Sundermeyer. Zudem warnte er vor falscher „political correctness“ und riet, Probleme wie die Integration von Flüchtlingen zu benennen, auch wenn diese der rechten Meinung entgegen kämen. Es gehöre zur Demokratie dazu, die Wahrheit auszusprechen, sie auch auszuhalten und mit ihr zu arbeiten.

Zerstochene Reifen und Drohbriefe: Silke Maresch, Mitarbeiterin im Caritasverband Dresden, veranschaulichte am Beispiel eines Caritas-Beratungsdienstes im Bistum Dresden-Meißen, welchen Herausforderungen sich Mitarbeitende der Caritas, insbesondere Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, seit 2015 stellen müssten. Übergriffe und Gewaltandrohungen seien im Osten nicht unüblich. "Entgleisende Äußerungen" würden salonfähig werden. Wege zu einem demokratischen Diskurs sind für Maresch: Positionen öffentlich machen, starke Ehrenamtliche, Transparenz der Caritas-Arbeit, Verbündete suchen und immer im Gespräch bleiben.

Eine Situation, wie sie Maresch beschrieben hat, hält Sundermeyer in Nordrhein-Westfalen derzeit nicht für möglich. Dennoch appelliert er, von den Erfahrungen aus dem Osten zu lernen, denn die Strömungen würden sukzessive in den Westen überschwappen

065-2018 (lu)

11. Oktober 2018

